

# Kasse auf, Akte zu

NRZ 15.06.04

WIRTSCHAFT / Chefs der IHK Niederrhein schaffen Ermittlungen wegen Untreue mit Geldbußen aus der Welt.

DUISBURG. Dass die niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel Kleve in Schwierigkeiten steckt ist bekannt. Noch nie war eine IHK derart häufig in Prozesse verstrickt, Imageschaden inklusive. Als einzige deutsche IHK steht sie ohne Vollversammlung da, wegen formaler Mängel bei der letzten Wahl. Prozesse vor höchsten Gerichten taten ein übriges, um Hauptgeschäftsführer Jürgen

Reitzig und Präsident Ulrich Kleier das Leben schwer zu machen. Und jetzt hat die Staatsanwaltschaft Duisburg, wie ein Sprecher auf Anfrage bestätigte, in einem Ermittlungsverfahren wegen Untreue gegen Reitzig und den Ex-Präsidenten Heribert Becker auch noch von einer Anklage nur gegen Zahlung einer erheblichen Geldbuße abgesehen.

Ermittelt wurde in Sachen Finanzierung der Museumsstif-

tung Lehmbruck in Duisburg, die 2000 mit sechs Millionen Mark von der IHK angeschoben wurde. Über diese Summe nahm die Kammer einen Kredit auf. Reitzig und Becker unterschrieben damals den Millionen-Antrag im Vertrauen darauf, dass die Wirtschaft wie versprochen Geld aufbringen und an die IHK zurückzahlen würde. Was auch, wie die IHK behauptet, geschah. Selbst die Gefahr des Verlustes stellt aber

juristisch eine Untreue dar. Das Oberverwaltungsgericht hatte die Kreditaufnahme daher für illegal erklärt.

Die Staatsanwaltschaft regte nun die Einstellung nach § 153 a der Strafprozessordnung an, die Betroffenen stimmten bereits zu. Vorbehaltlich der Zustimmung des Amtsgerichts ist das Verfahren somit beendet. Reitzig muss dafür 15 000, Heribert Becker 10 000 Euro zahlen. Damit gilt

ihre Schuld als festgestellt, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung aber beseitigt.

Die beiden Klever Geschäftsleute, die mit ihrer Anzeige das Verfahren in Gang brachten, äußerten sich zufrieden. Einer von ihnen, Josef Merges, sagte, er sehe darin ein klares, kritisches Signal an die IHK-Leitung: Das Geld der Körperschaft gehöre „in die Betriebe“ und nicht in Kreditgeschäfte. (hr/ga/NRZ)